





# Wie steht um den Frieden im Osten?

Von Edward David, M. A. F.

Zu den Friedensverhandlungen mit der bolschewistischen Regierung ist eine neue wichtige Phase eingetreten. Trotz nicht mehr als zwei Wochen, die die Verhandlungen in der Hauptsache auf sich beschränken, hat sich doch ein gewisses Ergebnis erzielt. Man ist freudig überrascht über die Durchführbarkeit des Selbstbestimmungsrechtes in den bestrittenen Gebieten wie bei der ersten Unterredung.

Zu einem etwas erhellenderen Resultat sind die vorläufigen politischen Beratungen mit dem Uffinerer gekommen. Es scheint nach dem heutigen Bericht zu einer Feststellung der wesentlichen Grundzüge des Friedensvertrages geführt. Auch ein Teil der ukrainischen Delegation ist daraufhin nach Hause gereist, um die Zustimmung der heimischen Regierung einzuholen. So annähernd aus ein Sonderfrieden mit der ukrainischen Volkspartei an sich wäre, so müßte doch vorher ein gewisses Abkommen zwischen dem Uffinerer und der Petersburger Regierung der Friede zustande, dann geriete die jetzt, gemäßigt-bolschewistische Regierung der Ukraine zwischen zwei Feuer. Zu der Opposition der unter dem Einfluß der Entente stehenden ukrainischen Bourgeoisie mit ihrem militärischen Stützpunkt Kiebin-Sornikow läme der Kämpfer der Parteien bolschewistischen Seite immerzu und außerdem die russische Regierung.

Was nun liegt es, daß man mit Trost nicht zu einer Einigung gelangt ist? — Gemäßigte Leute sind wohl bei der Erklärung, Trost wolle gar nicht ernstlich den Frieden; er gleiche lediglich die Verhandlung in die Länge, um inzwischen sein eigentliches Ziel, die proletarische Revolution in allen Ländern, zu fördern. Von demselben Standpunkt aus werden auch die Verhandlungen in der Ukraine hingenommen. Man muß sich unter allen Umständen den Frieden haben; die Bolschewisten sperren sich nur etwas; solange man mit der Faust des Siegers auf den Tisch, so würden sie jeden Frieden streifen, den man ihnen bietet. Der Widerspruch dieser beiden Behauptungen liegt klar nahe. Keine von beiden ist richtig.

Was sollte Trost? — In erster Linie einen allgemeinen demokratischen Frieden, und falls der am Uffinerer der Entente ledigere, einen Sonderfrieden mit den Zentralmächten auf der Grundlage der russischen Parität. Man kann sich einen solchen Frieden wohlte er so rasch als möglich. Daran kann gar kein Zweifel sein für jeden, der sich die Situation der bolschewistischen Regierung vergegenwärtigt. Lenin-Trost hat über ihre Widerläufer einzig und allein gesagt mit der Parole: sofortiger Frieden! Der Abfall der Arbeiter, Soldaten und Bauern von der Revolution, Zerfall des Staates, Abbruch der russischen Regierung, das sind die Folgen, die sich aus der gegenwärtigen Haltung in der Ukraine ergeben. Die russischen Bolschewisten wollen den Frieden, und die junge Demokratie braucht ihn, um sich im Innern zu festigen und in die gewöhnlichen Kulturarbeiten gehen zu können, die ihrer harren.

Belang es den Bolschewisten, dem schwer gequälten russischen Volke den erlebten Not und baldigen Frieden zu schaffen, so war ihre Stellung im Innern fürs erste gesichert, und sie gemanen Ziel, die tiefergehenden sozialen und wirtschaftlichen Umgestaltungen, die in ihrem Programm stehen, mit Macht in Angriff zu nehmen. Der Jubel, mit dem der Abbruch des Waffenstillstandes und mehr noch die weit entgegenkommende gemeinsame Erklärung der Delegationen der Zentralmächte am 22. Dezember in der Presse der Bolschewisten begrüßt wurde, beweist am besten ihren Standpunkt zu diesem Frieden.

Die Erklärung, die Herr von Bülow am 28. Dezember hinsichtlich der Durchführbarkeit des Selbstbestimmungsrechtes abgab, haben diesen Jubel fast verflümmen lassen. Schärfer Kritik gegen die deutsche Regierung steht es. Trotz ging dann selbst nach Berlin-Trost, um die schwierige Situation zu meistern. Die langwierigen Diskussionen haben sich immer nur um die Befriedigung der Russen gegenüber der Sicherung einer zeitlichen Beherrschung des Friedens durch die Zentralmächte und die Bolschewisten. Ein oberflächliches theoretisches Prinzip für die Russen: es ist eine praxispolitische Notwendigkeit für sie. Wären sich die Weltregierungen aus freien Stücken auf Grund einer einmütigen Willensentbindung um russischen Reich ab, so ist das die Deutung der Bolschewisten nicht nur ihren gegenwärtigen Widerstand gegenüber, sondern auch vor jeder anderen kommenden Wiedergeburt in Asien. Und wenn sie abwarten, bis sie sich in die Hände der Zentralmächte preis, so betrachten sie sich selbst, und ihre Gegner haben leichtes Spiel.

Daraus versteht sich die Böhmisches Trost bei den Verhandlungen über den Kardinalpunkt. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß er auf ausstehenden Garantien für eine demokratisch einmütige Durchführung des Selbstbestimmungsrechtes verzichtet. Angenommen aber, er bezog sich anstandslos auf die Erfüllung der russischen Forderung der Parität, welche nicht mehr als ein deutsches Wort genommen? Selbst wenn die Bolschewisten auch dann noch am Ruder blieben, läßt ein solcher Frieden nicht die geringste Garantie der Dauer. Es wäre sogar nicht ausgeschlossen, daß die Russen noch während der Fortdauer des Krieges im Westen, sobald sie sich einmütigen erholten hätten, und die Situation günstig erlaubte, den Kampf von neuem aufzunehmen. Nicht einmal die schwebende militärische Entscheidung, die ihnen ersicht. Und die Entente hätte in Russland weder Oberwasser. Die Bildung einer Regierung, die das alte Verhältnis zu ihr wiederherstellte, wäre wohl nur eine Frage kurzer Zeit. Die große Gelegenheit einer politischen und wirtschaftlichen Annäherung zwischen Deutschland und Russland wäre verpasst und die Weltkollision gegen neu geschaffen.

Es ist aber, wie gesagt, wenig wahrscheinlich, daß die bolschewistischen Vertreter einen mit ihnen schwebenden und ihren Gegnern einmütigen Frieden annehmen werden. Die Stimmung, welche die sozialrevolutionäre Mehrheit der Konstituante in ihrer einzigen Sitzung vor der Sprengung zum Ausdruck gebracht hat, macht das noch unwahrscheinlicher. Alles spricht vielmehr dafür, daß Trost, wenn er keinen demokratisch-annähernden Frieden erlangen kann, unter harter Herausforderung des Gegenwärtigen der Erfüllung mit sofortigem Bruch vor aller Welt die Verhandlungen in Streit-Stand abbrechen wird. Damit kann er in Russland bestehen. Er würde sich nähmen können, die Grundzüge der Demokratie hochgehalten und sein Möglichstes getan zu haben, um die Bolschewisten in den Zentralmächten zu revolutionieren. Die Entente aber würde ihm dann kein goldene Brücken bauen.

Es stehen die Dinge. Man sollte denken, jeder in Deutschland, der seine fünf goldenen Bären zusammen hat, müßte daraus den einzig möglichen Schluß ziehen: als haben wir zu einer raschen eifrigen Verhandlung über den Hauptstreitpunkt zu kommen. Eine wirklich unabhängige Befragung des Bolschewisten in Polen, Litauen und Lettland ist allen Beteiligten eine unentbehrliche Voraussetzung zur Entscheidung unter dauerhafter Fährnisse im Osten. Was man heute nicht tut, das wird man später tun müssen. Man hat sich über den Weg und die Garantien der Durchführung einig.

Trost Garmin hat den schwer beunruhigten Herrschaften der Welt erklärt, er hoffe und bilde mit seiner Person dafür, daß er den Frieden an Erwerbungsbedingungen nicht scheitern lassen werde. Der österreichische Führer der Verhandlungen von deutscher Seite müßte sich bei der Feststellung dieser Abgebenen Erklärungen verhalten, wie er sich bei der Feststellung einer ebenfalls einmütigen Zustimmung zu geben. Auch das deutsche Volk muß die Gewißheit haben, daß unwahrscheinlich das Geschick der mehr als je sich vordringenden allseitigen Weltkollisions, der klare und feste Willen, zu einem Frieden der Verständigung und dauernden Verbindung zu kommen, in der Beschäftigung besteht.

## Kämpfe in Petersburg.

Wien, 20. Januar. Daily Telegraph berichtet, daß in den Landstücken die Arbeiter Gewerkschaften, wobei sich in Petersburg die Arbeiter in einer Reihe von Fällen gegen die Gewerkschaften von Petersburg, in welchem erklärt wird, daß die Gewerkschaften...

# Der deutsche Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 21. Januar. (Amst.)

## Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Rupprecht. Keine besonderen Ereignisse. Ruge Erntebewirtschaftung außer Inzertiere brachte an vielen Stellen der Front Befehle ein. In der Dahn Doelling—Städten wurden große Viehstangenwehre erbaut.

## Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues. Mazedonische Front. In einzelnen Abteilungen Zellverhältnisse. Südwestlich vom Dojran-See Schiffe in englischer Besatzung. Italienische Front. Die Lage ist unverändert. Der Erste Generalquartiermeister, Ludendorff, wäre sich geneigt hätten, die Bolschewisten zu fügen. Die maximalistische Regierung soll 2000 Matrosen von Ostpreußen und Kronstadt nach Petersburg berufen haben; in den Straßen der Hauptstadt sollen heftige Kämpfe geliefert werden. Nach dem Petersburger Korrespondent eines finnlandischen Blattes sollen weiter die Bolschewisten noch die Sozialrevolutionäre Parteien der Lage sein.

# Sonderfrieden zwischen Rußland und Bulgarien?

Die Münchener Post veröffentlicht folgendes Telegramm, das sonderbarerweise von Wolffs Bureau nicht weitergegeben worden ist:

Ministerpräsident Rabotnow verließ am 20. November folgende Botschaft: Die russische Delegation machte am 27. Dezember den Vertretern der Witte-Mission folgende Vorschläge: 1. Der Krieg soll zwischen Bulgarien und Rußland zu Ende sein. 2. Der Status quo ante bellum (d. h. die Gabelverträge, die Konventionen und anderen Konventionen) wird wiederhergestellt. 3. Bezüglich der Donaufträge wird morgen in einer Vollversammlung aller Delegationen beschlossen werden, daß Bulgarien einen Vertreter in der Donaufgabe erhalten solle. Wir haben diese sämtlichen Vorschläge prinzipiell angenommen und gegenseitig bestätigt.

Dieser erste Friede ist übrigens noch der Rede des bulgarischen Ministerpräsidenten Rabotnow im Einverständnis mit den Verbündeten in Warschau abgelehnt worden. Die St. Dimitroff im Duna mittelt, rief der Abbruch des bulgarischen Sonderfriedens große Genugtuung hervor. Sämtliche Abgeordneten telegraphierten an ihre Wahlkreise und teilten die Freude mit. Die Regierung überreichte bei die Gabelverträge, die Konventionen und anderen Konventionen) wird wiederhergestellt. 3. Bezüglich der Donaufträge wird morgen in einer Vollversammlung aller Delegationen beschlossen werden, daß Bulgarien einen Vertreter in der Donaufgabe erhalten solle. Wir haben diese sämtlichen Vorschläge prinzipiell angenommen und gegenseitig bestätigt.

## Aus der Gründungsitzung der russischen Nationalversammlung.

Die in Frankfurt Zeitung mittelt, erzählt ein verpöht eingetroffenes Telegramm an die linkssozialistische Zeitung Politiken in Stockholm aus der einzigen Sitzung der Konstituante:

Die sozialrevolutionäre Rechte machte durch ihr altes Witzspiel die Sache zum Verlust, daß das Recht der Gründung der Sitzung ausgenutzt; der Redner wurde aber durch vierstündigen Protestfall von der Sitzung vertrieben. Als bekannt wurde, daß die Sitzung am 21. Januar stattfand, wurde durch die Zeitung eine große Erklärung veröffentlicht, die nur an dem Hauptfaktum durch konnende Bestätigung unterbrochen wurde. Die Erklärung war, wie er selbst bemerkte, ein modernes Gegenstück zur französischen Erklärung der Menschenrechte.

Als er zuletzt die Hoffnung auf eine kommende Weltrevolution und Weltfriede ausdramatisierte, wurde er durch alle Zuschauer mit ein elektrischer Schlag. Alle einseitlichen Rechte erhoben sich und sangen die Internationale. Nachher, die später in langer Rede den grundsätzlichen Standpunkt der Bolschewistenpartei entwickelte, proklamierte unter dem Beifall der Zuhörer den heiligen Krieg gegen die Bourgeoisie. Zum erstenmal nannte er seine Partei Kommunisten und nicht mehr die Arbeiterpartei. Die offizielle Parteizeitung wurde durch die offizielle Parteizeitung ersetzt.

Unter den späteren Rednern befand sich der Kriegsminister, Matroff Dikoff, der erklärte, daß er nur den Sowjet anerkenne, sowie Tscherebelli, der sich stark und oft durch lärmende Proteste unterbrochen gegen die Bolschewisten wandte. Ueber die Annullierung der russischen Anleihe macht der Berliner Courier seinem Scherme wie folgt Auf: Wir brauchen nicht erst zu sagen, mit welcher Entrüstung die ungläubige Nachricht von der Krossenerklärung der russischen Anleihe in der ganzen zivilisierten Welt aufgenommen werden wird. Aber bei uns wird sie den härtesten Eindruck erwecken. Frankreich hat, ohne zu rechnen, sein Geld an Ausland gegeben. Durch dieses Geld ist Ausland vor dem Krieg verarmt, getrieben, hat sich ungenutzte Gelder abzugeben, ausgegeben, ausgegeben. In einem Jahre um viele Tausende die Arbeiterlöhne der Mittelklasse sinken. Die Russen waren besser als je ausgerüstet, bis die Löhne der Rentisten alles über den Haufen warf. Jetzt ruht die Gesamtheit des Krieges auf Englands Schultern und der amerikanischen Bundesgenossen ist noch nicht so weit. Im Innern haben wir vor einer Hungersnot, wie sie selbst die Mittelklasse noch nicht erlebt hat. Wir müssen jedoch durch diese Hilfe gehen, wie unsere Soldaten im Felde durch die Hilfe des Feuers. Die Zeit scheint für die soziale Revolution und den Klassenkampf günstig zu sein, wir müssen daher einen starken Widerstand gegen die Ruhestörer führen und für die Auffrischung des Volkes sorgen.

## Die englischen Zukunftsaussichten.

Der Professor an der Londoner Universität Gearnham schreibt laut Daily Telegraph über die ungünstigen Zukunftsaussichten Englands:

England steht vor Terzimenen und Schwierigkeiten, wie sie in seiner Geschichte selten dagewesen sind, vor einer deutsch-österreichischen Offensive, einer Hungersnot und einer allgemeinen Revolution in eigenen Lande. Vor einem Jahre um viele Tausende die Arbeiterlöhne der Mittelklasse sinken. Die Russen waren besser als je ausgerüstet, bis die Löhne der Rentisten alles über den Haufen warf. Jetzt ruht die Gesamtheit des Krieges auf Englands Schultern und der amerikanischen Bundesgenossen ist noch nicht so weit. Im Innern haben wir vor einer Hungersnot, wie sie selbst die Mittelklasse noch nicht erlebt hat. Wir müssen jedoch durch diese Hilfe gehen, wie unsere Soldaten im Felde durch die Hilfe des Feuers. Die Zeit scheint für die soziale Revolution und den Klassenkampf günstig zu sein, wir müssen daher einen starken Widerstand gegen die Ruhestörer führen und für die Auffrischung des Volkes sorgen.

# Die Gaillaux-Affäre.

Wien, 20. Januar. Nach dem Journal du Peuple beschäftigt Clemenceau, gegen Gaillaux in Italien ein Verbot wegen passivität Propaganda vor dem Kriegsgericht einleiten zu lassen, das die Pariser Unterredung nicht genügend Antagonismus. Das Journal erklärt, daß ein Teil der französischen Affen Gaillaux der französischen Volkszeit in Rom übergeben wurden. Die Bolschewist soll diese Dokumente unterschlagen haben. Nach dem Gaillaux wird die Regierung über diese Angelegenheit am Freitag interpelliert werden.

# Der Krieg zur See.

Berlin, 21. Januar. (Amst.) Sechs Dampfer und ein Nachschiff wurden gestern von unsern Unterseebooten versenkt. Vier Dampfer wurden nicht unter der englischen Offiziere, wo die Besatzung besonders hart ist, abgetrieben, einer von ihnen aus einem durch Seehäuser und Fischbunker gefüllten großen Gefäß. Der Uebel des Admiralschiffes der Marine.

Wieder sechs Schiffe. Die Rot in England ist; bei 2800 Schiffe von über 1000 Kreuzerfahrern, aber die England vor einem Jahre verfügte, deren eine Hälfte für militärische Zwecke beschlagnahmt ist und deren andere Hälfte die Hauptlast der Ernährung des Volkes trägt, sind durch die radikale Tätigkeit unserer Unterseeboote vertrieben zu sein. Die englische Marine hat die englische Marine vor der Rot nicht mehr als 1000 Schiffe. Die Besatzung der Verbandsboote ist verarmt leer. Dieses Einverständnis findet sich bei den Daily News vom 1. Januar zufolge in einem Nachrichtenabdruck des englischen Generalstabes. Die Nachrichten sind aus amerikanischen Quellen. Londoner Bericht nach auf die Liste in der Liste.

# Neues zur Weltlage.

Die Rede des Grafen Hertling dürfte allgemein enttäuschen. Ihre Heftigkeit liegt in dem, was sie nicht enthält; sie gab keinerlei Aufschluß über den Stand des Sonderfriedens und enthielt kein Wort über die preussische Wahlreform. Sie gab Dinge, die jeder sich selber sagen konnte und gibt über alle Schwierigkeiten hinweg. Die Erklärung für dieses Schweigen des Kanzlers liegt wohl darin, daß er nicht mehr zu sagen wußte, weil schon diese seine Rede bei den vielen widerstreitenden Interessen eine schwere Geburt war.

Hertlings Redewendungen über Polen beweisen, daß die österreichisch-ungarische Regierung nicht daran denkt, die autopolitische Lösung aufzugeben. Dies ist der Kernpunkt aller Diskussionen. Solange Graf Gernin an der Vereinigung Polens und Galiziens unter dem Kaiser von Österreich als König von Polen festhält — und diese Lösung entspricht zweifellos dem Willen aller Polen, insbesondere dem der polnischen Sozialdemokratie unter der Führung Dajcynski und Diamonds — solange kann Deutschland natürlich Litauen und Kurland nicht einfach räumen.

Die Friedensausichten liegen so, daß bei den Bolschewisten die Entscheidung steht, ob sie sich mit den Zentralmächten über die Abtretung in Polen, Litauen und Kurland einigen wollen unter Vorbehalt zur vorherige völlige Räumung und auf die Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten im besetzten Gebiet. Wenn ja, wird der Sonderfrieden im Osten zustande kommen; anderenfalls hängt die Selbstauflösung des russischen Reiches dafür, daß zentrale Kämpfe im Osten als gänzlich ausgeschlossen angesehen werden müssen.

In der Wahlrechtsfrage sucht die Regierung, wie die alldeutschen Blätter behaupten, die bürgerlichen Mittelparteien durch den Kaiser zu bearbeiten, daß sie dem Entmutig zuhimmeln. Sie möchte natürlich gern einen Konflikt vermeiden und hofft trotz aller Widerstände die Wahlreform durch den preussischen Landtag zu bugstern. Gerade deswegen hält sie aber jetzt mit Drohungen zurück.

# Politische Uebersicht.

## Deutsches Reich.

### „Die Pflicht der Regierung.“

Die sonderbarste Post befehlt die Regierung in einem jüngeren Artikel, der ganz an die glorreichen Zeiten des Reichsvertrages gemahnt, über ihre Pflicht, die Litauische, daß ihr weite Kreise des deutschen Volkes, vor allem natürlich längerer in der sogenannten Vaterlandspartei nicht stellen lassen, oder daß sie wenigstens nicht dafür bluten wollen, veranlaßt das Wort zu diesem Notizier:

Wir hierher und nicht weiter! Von Tag zu Tag mehren sich die Nachrichten aus dem Felde, daß Verhandlungen der Deutschen Vaterlandspartei von den Anhängern des Scheidemannschen Reichsfriedens getrennt werden. Allerdings wehren sich die sozialdemokratischen Scheidemannschen Überzeugten, dagegen, mit den Sprengungen etwas zu tun zu haben und haben alles auf die Maßgebungen ab. Aber der Geist ist der gleiche, haben wir drüben. Wer die Drohungen gelesen hat, die die Regierungsoffizialen jetzt gegenüber der Reichsregierung gehalten, ist sich klar darüber, daß der ganze Unterschied zwischen den roten Brüdern nur darin besteht, daß die einen freiwillig noch etwas zuzurück wollen, während die anderen sofort schon in die Aktion eingreifen. Aber zur Gasse und zum Gefassen treibt alles. Das kann nicht so weiter gehen! Die Regierung muß Schritte tun, um das weitere Unheilgreifen derartiger Auftritte zu verhindern.

Wir glauben allerdings, daß sich die Regierung zum Anrecht für die Vermittlungen der Kriegesbedienten für gut hält. Nach allem, was man erlebt hat, ist es aber an der Erde doch nicht überflüssig, die Regierung und die benachteiligten Stellen dringend zu warnen, sich nicht nur den Anfechtungen zu geben, als sei sie gekommen, bietet Aufforderung zu folgend:

### Die Arbeiter von Amt wegen bedroht werden.

An die Bauarbeiter in den Kriegsbauwerken Troisdorf, und Siegburg wird gegenwärtig Schmeißelarbeiten abgeben, das durch die Zentral-Einkaufsgesellschaft in Berlin geleistet wird. Durch müßte die Arbeiter 7 Mark für 400 Gramm beschaffen. Es wurde ihnen erklärt, wenn das Fleisch seinen Absatz finde, dann hätten sie in Zukunft damit zu rechnen, daß sie von der Zentral-Einkaufsgesellschaft über deren Gewerkschaftenstellen Lebensmittel erhalten. Aber nicht mehr erhalten; der durch Nichtabnahme entbehrliche Bedarf würde auch bei den später ausgetriebenen Arbeitsmitteln ungedeckt werden. Die künftigen Werte in Siegburg prüfen ihren Arbeiter am 11. und 12. Januar Sped an zum Preise von 12.89 Mark für 1000 Gramm. Das dürfte den Arbeiter Material für 1000 Gramm in Siegburg sein, der nun demütlich gegen die Einkaufsgesellschaft und die Gewerkschaften in Siegburg die Zentral-Einkaufsgesellschaft bedroht, daß er die benachteiligten Arbeiter und mehrschonlich genügt eine Entscheidung vornehmen lassen wird.

# Das Abgeordnetenhaus

hat sich am Donnerstag über einen lebenswichtigen Antrag bis zum 26. Februar vertagt, um dann die zweite Lesung des Gesetzes zu beginnen. In der letzten Sitzung vor der Vertagung wurde der ganze noch vorliegende Beratungsgang erledigt. Das Wohnungsgesetz wurde einstimmig angenommen, ebenso die damit zusammenhängenden Gesetz-Entwürfe, welche zur Förderung der Stadthäuser und Wohnungsgesetzgebung dienen. Es kann einverstanden ist keine Partei mit allen Gesetzentwürfen dieser Gesetzgebung, aber man steht in ihnen gewisse Fortschritte gegen den bisherigen Zustand.

Auch unsere Fraktion stimmte den Vorlagen zu, weil sie vor allem im Wohnungsgesetz den ersten Schritt zu einer gelasseneren Regelung des Wohnungsproblems sieht. Ebenfalls angenommen wurden folgende Anträge aus dem Hause auf staatliche Beihilfen für die durch die letzten Hochwasser im vergangenen Sommer verursachte Verwüstung der Landwirtschaft mit Gemeindeförderung und auf Verhinderung eines vermehrten Anbaus von Kartoffeln durch staatliche Prämien.

Gegen den letzteren Vortrag äußerte Genosse Braun gewichtige Bedenken unter Hinweis auf den bereits jetzt hohen und die gesteigerten Unkosten der Erzeuger bei weitem übersteigenden Kartoffelpreise. Braun drang auch den umfangreichen Gehältsänderungen mit Kartoffeln zur Zustimmung dieser Gesetzgebung auf ausreichende Vergrößerung der Bandbreite trotz aller Strafandrohungen aus und weiterhin zu verheimlichen.

Am Anfang und am Schluss der Sitzung gab es erregte Gefühlsordnungsdebatten, die von den Unabhängigen A. D. Hoffmann und Strobel veranlaßt wurden. Es wollten unter allen Umständen erreichen, daß der Antrag für den Rest der Sitzung in der Reichstagskammer zur Beratung gestellt würde. Ihre wiederholten Hinweise auf Österreich und ihre Drohungen, das österreichische Beispiel nachzumachen, riefen bei der Mehrheit lärmenden Widerspruch hervor. Es blieb beidemal bei den Vorschlägen des Präsidenten, schon weil die Forderungen der Unabhängigen Gefühlsordnungsmaßregeln vor nicht zulässig waren.

Der Verhandlungsbericht mußte wegen Raummangels zurückgestellt werden.

## Aus der Partei.

### Anabhängige Rippehelfen.

In einer von den Unabhängigen veranstalteten Versammlung in Nürnberg sprach dieser Tage Ad. Lebebour über den Wert der Partei. Seine Rede war in der Hauptsache eine Beschimpfung der Sozialdemokratischen Partei. Ueber die Wirkung berichtet die Fränkische Tagespost:

„Einigen Erfolg hatte Lebebour! Einer seiner tapfersten Anhänger ging gegen den Bemerkten Lebebour vor, nicht mehr mit dem Wort, sondern mit der Tat, indem er den Versuch machte, den Redner die Meinungsfreiheit in der Volksversammlung zu weichen, indem sie Lebebour niederzulegen suchten, mislungen war. Wenn die Unabhängigen einen Redner nicht niederzulegen können, scheint es wohl die beste Methode zu sein, ihn hinterwärts am Kragen zu packen und ihn niederzulegen, daß kein blühender Hals eine Erinnerung an die von den Unabhängigen sozialdemokratischen Partei empfindlichen Bedenken bleibt.“

freilich bleibt. Lebebour sprach nach dem ersten Dittmannschen Antritt bis kurz vor Beginn der Hauptversammlung. Er hatte keine Zeit vor allem ausgenutzt, um der Partei, der er selbst seit Jahren angehört, aus den bürgerlichen Parteien durch 25 Jahre angehöret, zu beschimpfen und zu belächeln. Als diese Partei aber verteidigt wurde, stehen Lebebour Anhänger die Kraft ihrer Reden und Takte wider.“

Zu diesem Bericht der Fränkischen Tagespost glaubt der „unabhängige“ Abgeordnete S. Simon schreiben zu sollen, daß der Redner, der sich an dem Ganzen zu wenig bemerkt hat, sein Mitglied der Unabhängigen ist. Mit Recht bemerkt auch der Nürnberger Parteiblat, daß dies gar nicht behauptet, sondern lediglich von einem der tapfersten Anhänger Lebebour gesprochen worden sei. Die Unabhängigen sozialdemokratische Partei Nürnbergs stehe vor der Wahl, die Verantwortung für die Ungehörigkeiten in ihren Versammlungen entweder zu übernehmen oder abzulehnen. Tut sie das letztere, so stellt sie damit die eigene Schwäche selbst fest.

### Ueber die Berliner Parteiverhältnisse

Schreibt die Internationale Korrespondenz: Die Stadtordnungsverwaltung im 11. Kommunalwahlbezirk, die am vorigen Sonntag stattgefunden hat und bei der die unabhängigen das Mandat erlangten, hat mit 1302 Stimmen gegen 1015 Stimmen der Sozialdemokratie behauptet, verdient nach einer näheren Betrachtung, da die öffentliche Stimmungslage sonst nicht möglich feststellungen erlaubt. Der Wahlausfall in einer hochburg der Unabhängigen, die nirgends mehr zu hoffen haben als in diesem Bezirk, hat sie wegen der harten Stimmenzahl der Partei sehr überrascht. Von den eingetragenen Wählern stimmten rund 30 Prozent, eine sehr hohe Zahl, da mindestens die Hälfte der Gemeindeglieder im Besitz ist. Von beiden Seiten war stark gearbeitet worden. Die Unabhängigen hatten den Bezirk mit Flugblättern überflutet und begannen schon vormittags mit dem Schlepptier, obwohl die Wahlöffnung bis um 6 Uhr abends dauerte. Unter diesen Umständen kann die Behauptung der Unabhängigen, daß in Berlin die ungeheure Masse der Bevölkerung hinter ihnen steht und die „Sozialdemokratie“ nur ein kleines Häuflein seien, nicht mehr ernsthaft aufrecht erhalten werden. Nun hat sich die Leipziger Volkszeitung mit der feinsten Lauten Ausrede getraut, die 1018 sozialdemokratischen Stimmen fämen zum erheblichen Teil aus dem bürgerlichen Lager. Das klingt an die Darstellung der Unabhängigen an, daß die wirklichen Proletarier und Arbeiter bei ihnen seien, während nur Angehörige aller Art und sonstige Kleinbürger die „sozialparteiliche“ Politik mitmachen. Diesmal haben wir diese Behauptungen kontrollieren können und folgendes Ergebnis festgestellt:

	Sozialdemokratische	Anabhängigen
a) gelehrte und ungelernete Arbeiter	881	1209
b) Immobilien, Rentniere, Rentnerpensionäre	25	21
c) Arbeiter, Metzger, Schneider, Ingenieure	24	32
d) Handlungsgeschäfte, Büroangestellte	14	13
e) Gemeinde- und Staatsbeamte	10	8
f) Post- und Schantwirte, Händler, Kaufleute	56	74
g) Fabrikanten, Unternehmer, Rentiers, Privatiers	8	5

1018 1362

Die bürgerlichen Kreise haben sich überhaupt nur ganz schwach an der Wahl beteiligt. Nicht nur Arbeiter, Metzger, Schneider, Ingenieure, Handlungsgeschäfte, Büroangestellte, Staats- und Gemeindebeamte, Kaufleute, Händler, Unternehmer und Rentiers als solche stimmten zusammen, die nicht ohne weiteres als rein proletarisch angesehen werden können, so ergibt sich zahlenmäßig die uns nicht überraschende Tatsache, daß von diesen Kreisen mehr Wähler für die Unabhängigen gemittelt haben als für die Sozialdemokratie. Zahlen sind bekanntlich harte Dinge, mit denen selbst der vorrangigste Unabhängige nicht leicht fertig wird. Diese Zahlen stimmen gänzlich mit der Meinung an, daß die Arbeiter bei den Unabhängigen stehen und nur die früheren bürgerlichen Mitarbeiter bei der Sozialdemokratie geblieben seien.

Andere Parteigenossen hat der Wahlausfall im 11. Kommunalwahlbezirk mit der Zuversicht erfüllt, daß die Mehrheit der Berliner Wähler schon heute wieder zur Sozialdemokratie steht. Jeder Tag weiterer Entwicklung wird das deutlicher zeigen. Auf Niederlegen bei der Reichstagswahl!

Die Leipziger Volkszeitung bringt an der Spitze ihrer Mittwoch-Nummer folgende Redaktionserklärung: „Unlängst, die wir jetzt nicht ändern können, nötigen uns, einwärtigen auf jeden Ausdruck unserer politischen Anschauungen zu verzichten. Die Volksstimme wird vorzüglich nur das Echo fremder Meinungen sein.“ — Offenbar handelt es sich auch dort um eine neue Genjurmaßnahme.

## Letzte Lokal- und Provinznachrichten.

**Stadtkonvent.** Am 25. Januar 1918. **Sitzungsbericht.** Ein Monteur und ein 17-jähriges Mädchen von Aussätzigen verurteilt sich in einem hiesigen Gasthof an vergifteten Weiben wurden der königlichen Klinik zugeführt; Lebensgefahr besteht nicht.

**Stadttheater.** (Spielplan vom 25.—26. Januar.) Freitag: Nathan der Weise. Sonnabend Nachmitt. Agnesbrädel. Abends: Die verkaufte Braut.

### Arbeiter-Sekretariat, Halle (Saale).

Im Hause der Gewerkschaften, Burg 42/44, Zimmer 5 bis 7. **Eröffnungsfeier** am Sonntag den 24. d. Mts. abends von 6—8 Uhr. Sonnabend nachmittags und Sonntags geschlossen.

**Wittgenberg.** (Großer Einbruchsdiebstahl.) Während einer der letzten Nächte ist in das Geschäft von Goldschulden in der Kolonnenstraße eingebrochen worden. Die Diebe haben die Warenbestände und wertvolle Herrenüberzieher und Damenkostime im Werte von 6000 Mk. mitgenommen.

### Städtischer Nahrungsmittelverkauf.

Geöffnet. Sonnabend früh in den einschlägigen Geschäften auf Abchnitt 124 des Warenbezugshefts 12 jede Person etwa 1/2 Pfund an Lebensmittel (Nr. 14 001—17 500 und Nr. 45 501—52 500).

## Bekanntmachung.

Zur Regelung des Verkehrs mit Verbrauchsgüter in der Provinz Sachsen erlasse ich folgende Anordnung:

### Artikel 1.

Für den Verkehr mit Verbrauchsgüter in der Provinz Sachsen gelten die Vorschriften der Verordnung der Provinzial-Landesstelle vom 29. September 1917 mit den sich aus nachstehenden Bestimmungen ergebenden Minderungen:

- § 2 Absatz 1 erhält folgende Fassung: „Als Bezugsbelege werden von der Provinzial-Landesstelle auszugeben: Marken über 750, 625, 250 und 125 g Zucker, gültig für die auf ihnen vermerkten Monate; sowie Marken über 25 kg Zucker, gültig nur mit dem Stempel des Kommunalverbandes, der diese Marken veranlaßt.“
- § 5 erhält folgende Fassung: „Die Abschnitte der Lebensmittelkarte für Binnen-schiffer, sind bis zum 3. Tage jedes Monats vom Klein-händler an den Kommunalverband abzuliefern. Von dort wird wegen Erlass des an die Binnen-schiffer ver-ursagten Zuders das Weitere veranlaßt.“

### Artikel 2.

Vorstehende Anordnung tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft.

### Der Oberpräsident.

Magdeburg, am 10. Januar 1918.

**Berwaltungsabteilung der Provinzial-Landesstelle.**  
Gen. Boller, Regierungsrat.

Vorstehende Bekanntmachung wird zur öffentlichen Kenntnis gebracht.  
Halle, am 23. Januar 1918.

### Der Magistrat.

## Bekanntmachung.

Nachstehend aufgeführte Personen haben uns den Verlust ihrer Kohlenbezugshefte gemeldet:

Otto Schille, Reiffstraße 11, 90 Zentner Briefetts,  
Frau Schmale, Landwehrstraße 4, 60 Zentner Briefetts,  
Herr Bachmayer, Betelersberger Straße 4, 50 Zentner Briefetts,  
Herr Kieding, Dorostenstraße 17, 80 Zentner Briefetts,  
Ernst Leibe, Hilscherplan 1b, 500 Briefetts,  
Frau Caltens, Georgstraße 5, 30 Zentner Briefetts,  
Helene Kuffner, Krutzenbergstraße 17, 20 Zentner Briefetts,  
Anna Schilling, Wänerstraße 33, 60 Zentner Briefetts,  
E. Schaarschmidt, Alter Markt 27, 150 Zentner Briefetts,  
Anna Bielefeld, Bräderstraße 4, 150 Zentner Briefetts,  
Bertha Gajper, Lantamstraße 7, 100 Zentner Briefetts,  
Franz Beyer, Merseburger Straße 29, 90 Zentner Briefetts,  
Marie Weichplog, Hallerstraße 5, 20 Zentner Briefetts.

Ermitteln Kohlenhändlern wird hiermit unterlagt, auf die abhanden gekommenen Bezugshefte Kohlen zu liefern. Den Verlierern werden neue Scheine mit einem besonderen Vermerk von uns ausgesperrt werden. Die Verlierer können die neuen Scheine gegen Vorlegung des Bezugsheftes bei uns abholen.  
Halle, am 22. Januar 1918.

### Die Ortsstellenliste.

## Bekanntmachung.

### Freibank-Verkauf.

Zum Freibank-Verkauf am 28. Januar 1918 werden bis 3 Uhr folgende Nummern ausgesetzt:

Am 8 Uhr Nr. 8001—8000, um 11 Uhr Nr. 9101—9200,  
" 9 " 8001—8000, " 12 " 8201—8300,  
" 10 " 9001—9100, " 1/4 " 8801—9400.  
Halle, am 24. Januar 1918.

### Der Magistrat.

Alte Promenade 11a **UT** Leipziger Straße 88  
Fernruf 5738. Fernruf 1224.

**Der goldene Tod** in: **Erna Morena**  
Drama in 3 Akten. **Prima Vera.**  
Drama in 3 Akten.

**Ein nobiles Gefängnis** in: **Arnold Rieck**  
Lustspiel in 3 Akten. **Frau Leases Siedlung.**  
Lustspiel in 4 Akten.

**Buchhandlung der Volksstimme**  
Fernsprecher 5407 HALLE Gr. Ulrichstraße 27

Empfehlenswerte Schriften belehren-  
den und unterhaltenden Charakters:

**Die Gleichheit** Zeitschrift zur Verfechtung der In-  
teressen der schaffenden Frau.  
Einzelnummer . . . . . 10 Pf.

**In freien Stunden** Wochenschrift, enthaltend  
spannende Romane und in-  
teressante Erzählungen für jede Arbeiterfamilie. Wöchentlich  
eine Nummer zum Preis von . . . . . 15 Pf.

**Der Wahre Jacob** Illustrierte politisch-satirische  
Wochenschrift, die einzelne  
Nummer . . . . . 15 Pf.

**Berliner Illustrierte Zeitung**  
Einzelnummer . . . . . 10 Pf.

**Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek**  
herausgegeben unter Leitung von Dr. med. Zadek. Ca. 50 ver-  
schiedene Bändchen . . . . . 10 Pf.

**Dokumente zum Weltkrieg**  
Bearbeitet von Eduard Bernstein

**Reichhaltige Roman-Bibliothek**  
der beliebtesten Autoren.

**Für die Schneiderei:**  
Modensetzung / Frauensetzung / Praktische Damenmode  
Hausschneiderin/Sonnensetzung/Deutsche Modensetzung

**Kleider- und Kostüme**  
In Wolle, Seide, Samt- und Schleierstoff  
Große Auswahl o. Vorteilhafte Preise [507  
im Keuthaus H. Elkan, Leipziger Straße 87.

**Gustav Uhlig**  
Untere Leipziger Straße  
Büdinge, gute Bezugsquelle  
in verteilbaren  
Musikinstrumenten  
(für untere Kreise in Probe  
und Besonderen in der  
Feimat, Dueschke,  
rein abgeklärte  
— Mundharmonikas —  
Mandolinen, Gitarren  
Wiener Zitharmonikas.  
Sonntags geöffnet von 1/2 bis 1/2 Uhr.

**Hallescher  
Hausfrauenbund (E. V.)**  
Kathausstr. 17. — Geöffnet täglich von 10—12 Uhr  
**Kochkisten-Verkauf**  
(Stück von 6,50 Mk. an)  
und Beratung  
Verkauf von **Petroleum-Sparlampen** zum Preise  
von 15 Pf. das Stück.  
Anleitung zur Herstellung von **Haushäuten**.  
Unterstützung 1 Mark, für Mitglieder 30 Pf.

**Die Internationalität und der Krieg**  
von Karl Rautsky — Preis 20 Pf.  
**Elsaß-Lothringen und die Sozialdemokratie**  
von Hermann Wendel — Preis 40 Pf.  
Zu haben in der  
**Buchhandlung Volksstimme, Halle**  
Gr. Ulrichstraße 27.

Echte Porzellan  
**Kaffeesevice**  
mit hübschen Malereien  
sehr billig  
**C. F. Ritter**  
Leipziger Straße 90.  
**Küchen-Einrichtungen**  
in groß. Auswahl, empfiehlt  
497 D. Schumann,  
Landwehrstraße 21.

**Stadt-Theater**  
Sonnabend, den 25. Januar  
nachmittags 3 1/2 Uhr:  
**Agnesbrädel**  
Märchen von Görner.  
Wesung 7 30 Uhr Ende 10 15 Uhr  
**Die verkaufte Braut**  
Oper von Smetana.  
Sonntag nachmitt. Feing  
von Somburg, abends: Die  
toten Augen.



